

Bezugspreis:

Vierteljährlich 3.- M., monatlich 1.- M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3.- M., erst Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.25 M., für das übrige Ausland 10.25 M., bei täglich einmal Zustellung 8.25 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz, Eingetragene in die Postzeitungs-Preisliste.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltigen Nonpareilzeilen kosten 1.20 M. „kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 50 Hg. (zwei Spalten 2 getragene Worte), jedes weitere Wort 25 Hg. Stellenanzeigen und Stellenangelegenheiten das erste Wort 40 Hg., jedes weitere Wort 20 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Leertextzuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Zeitschriften-Anzeigen 1.20 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Handgehalt, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Bezahlung von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 27. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53-54.

General Hoffmann entlassen.

Berlin, 26. Juni. (W. V.) Oberschlesische und französische Mäler bringen eine Warschauer Drahtmeldung, wonach die polnische Gesandtschaft in Wien folgende angeblich aufgefangene Runddepesche der deutschen Regierung in ihren Händen habe: „Regierung wird unterzeichnen, trotzdem werden Hoerding für Schlesien, Winnig für Ost- und Westpreußen den Krieg gegen Osten erklären. Regierung wird sich offiziell widersetzen, inoffiziell aber das Unternehmen mit allen Kräften unterstützen.“

Die Gründe für diese Erfindung sind durchsichtig, dennoch sei mit allem Nachdruck festgestellt, daß die Reichsregierung solch ein Telegramm nie abgeschickt und solch eine Haltung nie eingenommen hat. Ihr ist es nach dem juristisch schweren Entschluß der Unterzeichnung unbedingt ernst mit der Durchführung des Vertrages, allerdings kommt dieser ihr unveränderlicher Entschluß ohne ihre Schuld in ein zweifelhaftes Licht, wenn einzelne, wie z. B. der General Hoffmann erklären, daß sie auch gegen den Willen der Regierung die Bestimmungen des Vertrages nicht anerkennen und sich ihm mit Gewalt widersetzen werden. Gegen solch unverantwortliche Durchsetzung unserer Reichspolitik wird die Regierung jedes nötige Mittel anwenden. Gegen General Hoffmann ist bereits das Erforderliche veranlaßt worden. Die Korrespondenz, die sich nicht gehend hat, das Reichsinteresse durch Verbreitung der Hoffmannschen Ausdeutung schwer zu schädigen, hat der Reichswehrminister verboten. Alle solche Unternehmungen und Auftritte auf eigene Faust sind Ausflüsse einer irregelmäßigen Vaterlandsliebe, die der Gesamtheit teuer zu stehen kommen.

Die B. P. A. melden: Am Donnerstag wurde in Berlin ein Flugblatt verbreitet, welches in empörender Weise den General Hoffmann als den Retter Deutschlands aus der Schmach feierte. Mit Rücksicht darauf, daß es sich hier um den Versuch handelte, den Hochverrat eines Generals, der deshalb seines Postens enthoben und zur Verantwortung gezogen worden war, zu verherrlichen, hat der Reichswehrminister die Weisung gegeben, daß dieses Flugblatt beschlagnahmt wird und die Verteiler desselben festgenommen werden.

Unterzeichnung am Sonnabend.

Siegesfeier in Paris.

Versailles, 26. Juni. Der Oberste Rat der Alliierten hat, einer Meldung des „Temps“ zufolge, beschlossen, die Unterzeichnung des Friedensvertrages auf Sonnabend, den 28. Juni, 3 Uhr nachmittags, festzusetzen. Die Regierung hat beschlossen, eine Siegesfeier am 14. Juli anlässlich des Nationalfestes abzuhalten.

German Müller und Dr. Vell nach Versailles.

Paris, 26. Juni. (Havas.) Die „Temps“ meldet, beschloß der Biererrat, die deutsche Regierung aufzufordern, binnen kürzester Frist eine mit weitgehenden Vollmachten versehene Abordnung zur Unterzeichnung des Vertrages nach Versailles zu entsenden.

Berlin, 26. Juni. Die Reichsminister German Müller und Dr. Vell haben sich auf einmütiges Ersuchen der Reichsregierung entschlossen, als Bevollmächtigte in Versailles den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Sie haben geglaubt, unter dem furchtbaren Druck der Volksnot und dem unbedingten Bedürfnis, endlich zum Frieden zu kommen, sich diesem letzten und persönlich schwersten Opfer nicht entziehen zu können.

Paris, 26. Juni. (Havas.) Gestern wurden die Kandidaten für die Friedenskommission der Kammer bestimmt, die etwa 60 Mitglieder zählen wird. Die Kommission besteht auf weitgehender Entscheidung und wird verlangen, Deutschland nicht vor dem Tage in den Bölkerbund aufzunehmen, an dem es volle Mitgliedschaft dafür bieten könne, daß es den Frieden nicht mehr stören werde. Die große Mehrheit der Friedenskonferenz wird der Ratifizierung des Vertrages zustimmen.

Einstellung der tschechisch-ungarischen Kämpfe.

Prag, 26. Juni. (Tschechoslowakisches Presbureau.) Auf Grund des Drahtwechsels zwischen General Vell und dem magyarischen Volksbeauftragten Vöhm wurden die Feindseligkeiten an der slowakischen Front am 24. um 5 Uhr früh eingestellt.

Eisenbahnerstreik!

Auf Grund des § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand ordne ich an:

§ 1. Sämtlichen innerhalb meines Befehlsbereichs beim Eisenbahnbetrieb beschäftigten Personen ist bis auf weiteres verboten, wenn sie nicht den Nachweis der Arbeitsunfähigkeit erbringen

- 1. die Arbeit niederzulegen,
2. von der Arbeit fernzubleiben,
3. die Arbeit zu verweigern,
4. ohne Zustimmung ihrer Dienstvorgesetzten die Arbeitsstelle zu wechseln.

§ 2. Personen, welche die Arbeit bereits niedergesetzt haben, haben die Arbeit am 28. Juni wieder anzunehmen, wenn sie nicht den Nachweis führen, daß sie arbeitsunfähig sind.

§ 3. Den im § 1 angeführten, sowie sämtlichen anderen in meinem Befehlsbereich befindlichen Personen ist verboten, im Eisenbahnbetrieb Beschäftigte mündlich oder schriftlich oder durch Verteilung von Drucksachen, Erlaß von Aufrufen oder sonst in irgendeiner Weise zur Niederlegung der Arbeit, zum Fernbleiben von der Arbeit, zu deren Verweigerung und zum Wechsel der Arbeitsstelle ohne Zustimmung von Dienstvorgesetzten aufzufordern oder anzuregen.

§ 4. Alle Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der §§ 1, 2 und 3 werden, sofern nach den bestehenden Gesetzen keine höhere Strafe verurteilt ist (vergl. § 89 R. St. O. B.: Landverrat) gemäß § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Berlin, den 26. Juni 1919.

Der Oberbefehlshaber: Noske, Reichswehrminister.

Die Lage in Hamburg.

Wie aus um 9 Uhr abends aus Hamburg mitgeteilt wird, ist die Lage in Hamburg noch unverändert. Die Verhandlungen gehen weiter, die Regierungstruppen stehen in Wandsbek, vor den Toren Hamburgs.

Bemerkenswerte Zugeständnisse.

Hamburg, 26. Juni. Im Auftrag einer Kommission des Senats und der Arbeiterschaft erfolgt eine Berufung, wonach gestern Vertreter des Senats, der Justizkommission, der Betriebsräte, des Arbeiterrats und der drei sozialistischen Parteien zu einer Sitzung im Rathaus zusammentraten, um die Mittel zu beraten, ohne Hinzuziehung ortsfremder Truppen die Ruhe wiederherzustellen und weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Eine Kommission begab sich nach Wandsbek, um mit dem Kommandeur der dort eingetroffenen Regierungstruppen Oberst v. Wrede zu verhandeln. Unter der Bedingung sofortiger Einstellung aller Feindseligkeiten, insbesondere des Vorgehens gegen die Bahnenfelder, Herausgabe der im Rathaus gemachten Gefangenen bis Donnerstag, 8 Uhr vormittags, Rückgabe der widerrechtlich geraubten Waffen, Rückführung der befreiten Gefangenen und der Zusage, daß die militärischen Behörden, insbesondere die Kommandantur, nicht gestört werden, wurde zugesagt, daß zunächst nicht in das Hamburger Stadtgebiet einmarschiert werde. Der Antrag der Kommission wird an die vorgesetzten Behörden, darunter die Kommandantur Groß-Hamburg, zur Entscheidung weitergegeben.

Im Laufe des Donnerstagvormittags sammelten sich überall große Menschenmassen, die die Festörungen des inneren Stadtviertels bestritten. Das Ereignis wurde lebhaft besprochen. Soweit festzustellen war, wurde die Ruhe nirgends gestört.

Der Verzweigungskampf der Türkei.

Der Versuch der Unterjochung rein türkischer Gebiete in Kleinasien durch Griechenland hat in der Türkei einen Kampfsgeist von ungeahnter Leidenschaft entfaltet.

Amsterdam, 26. Juni. Die englischen Blätter vom 24. d. M. veröffentlichen eine Reutermeldung, der zufolge die Lage in Kleinasien außerordentlich ernst ist. Es besteht die Gefahr, daß die griechischen Besatzungstruppen von den Türken vollständig aus Kleinasien hinausgedrängt werden. Die Griechen erwarten Verstärkungen aus Saloniki.

Amsterdam, 26. Juni. Nach einer in den englischen Blättern vom 24. d. M. veröffentlichten drahtlosen Meldung aus Moskau hat in Persien ein Guerillakrieg gegen die britische Besatzung begonnen.

Rache!

Paris, 26. Juni. (Havas.) Mehrere Kammermitglieder haben eine Entschließung eingebracht, welche die möglichst rasche Zerstörung des Niederwald-Denkmal als Verrückung Deutschlands für die Verleitung seiner Flotte und die Verbrennung französischer Fahnen fordert.

Last Euch nicht verwirren.

Die Zeit scheint gekommen zu sein, in der die fortgesetzten Wühlereien und politischen Agitationen der linksradikalen Kreise Früchte tragen. Seit Monaten schon wird in allen Orten des Reichs und fast in allen Fabriken fieberhaft daran gearbeitet, die Arbeiter mit Unzufriedenheit gegen alle öffentlichen Erscheinungen zu erfüllen und diese Unzufriedenheit in politische Aktionen umzumünzen. Es kann kaum einen Zweifel geben, daß die Plünderungen und Ausschreitungen, die in Hamburg, in Berlin in der verflochtenen Nacht in Schöneberg und in einigen anderen Orten des Reichs stattgefunden haben, von gewissenlosen Drahtziehern vorbereitet wurden, und in denen die nach außen als Unbekannte Erscheinenden häufig genug nichts als die verführten Opfer sind.

Wir wissen ja, wie die Märzunruhen in Berlin entstanden sind. Damals begann es auch mit Plünderungen und wilden Vödelereien, die aber organisch sich zu regelmäßigen Straßenschlächten mit politischen Zielen entwickelten und die von politischen Parteien geleitet wurden. Die Entwicklung in Hamburg verlief in den gleichen Linien, und es kann keinen Zweifel geben, daß die Dinge, die in Berlin in diesen Stunden jeder Mensch reifen fühlt, der bestimmte Erfolg planmäßiger Aufschöpfung ist.

Der normale Gang der Arbeit für die politische Umsturzpropaganda beginnt mit der scheinbar rein gewerkschaftlichen Agitationsarbeit. Uns liegen Nachrichten aus Dutzenden von Betrieben vor, in denen die Arbeiterschaft und die Angestellten zunächst mit allen Mitteln der Propaganda, mit Verbitterung über ihre wirtschaftliche Lage erfüllt werden. Wenn die Leidenschaften zur Gabelhöhe gesteigert sind, dann wird eindringlich an das Solidaritätsgefühl der Arbeiter appelliert und ihnen erklärt, daß die Solidarität für alle proletarische Aktionen, auch wenn sie politischer Natur sind, geübt werden müsse. Die Propaganda ist häufig geschickt und man hofft mit ihr das Ziel des inneren Umsturzes in Deutschland erreichen zu können.

Der Solidaritätsbegriff wird hier mißbraucht. Man kennt die Zauberkräfte, die das Wort „Solidarität“ auf die Arbeiterschaft ausübt. Und man hofft aus diesem Umstände Nutzen zu ziehen, um das Durcheinander in Deutschland vollständig zu machen. Solidarität im gewerkschaftlichen Kampfe ist aber etwas ganz anderes als Solidarität für politische Kämpfe. Letztere entfällt aber ohne weiteres, wenn die Kampfziele mit der Ueberzeugung der Arbeiter und mit ihrem Gewissen in Widerspruch stehen. Einem S. P. D.-Arbeiter zuzumuten, sich für kommunistische Kampfziele einzusetzen, heißt größten Bewußtseinszwang ausüben. Dagegen müßten sich die Arbeiter mit aller Kraft wehren. Last Euch nicht verwirren durch hohle Schlagworte, Mißtraut allen, die Euch für ihre ehrgeizigen Pläne mißbrauchen wollen.

Es gibt Elemente von links und solche von rechts, die an der Verwirrung der Massen ihr Süppchen kochen wollen. Wer von beiden Richtungen auch durchkommt, das Resultat wird der von allen gesürchtete Zusammenbruch im Innern, Bürgerkrieg und Verhärterung des Hungers sein.

Deutschland steht unter dem Druck der größten Niederlage, die je von unbarmherzigen Feinden einem Volke bereitet worden ist. Jetzt müssen alle guten Kräfte im Lande zusammenstehen, um uns aus dem Unglück herauszuarbeiten. Jetzt ist Einigkeit, Geschlossenheit und Arbeit, einige, ungestörte Arbeit an allen Plätzen vonnöten. Wenn jetzt die innere Front zerbricht, dann müssen Zustände wie in Rußland und Glendbergscheinungen entstehen, in denen gerade für die Kernsten im Volke alles verloren geht, was ihnen noch Schutz für ihr Leben sein kann.

Arbeiter, laßt Euch nicht verwirren! In der Zeit bitterster Not Deutschlands darf keinen Augenblick das Gefühl für den richtigen Mittelweg abhandeln kommen. Die Rufe des Kopfes und die Schärfe des Verstandes muß stärker bleiben als die dumpfe Hitze künstlich wacherufenen Leidenschaften.

Die Heher von links erklären offen, daß die Forderungen gewisser großer Arbeiterkategorien, die z. B. bei den Eisenbahnern weit mehr ausmachen, als der gesamte Jahresetat des Deutschen Reiches vor dem Kriege, gar nicht erfüllt werden können. Trotz dieses Bewußtseins wählen sie demagogisch weiter, um den Konflikt herbeizuführen, in dem die irreführenden fremden politischen Parteiinteressen dienen sollen.

Streiks unter den Verkehrsarbeitern wie unter den Arbeitern anderer lebenswichtiger Industrien werden geschürt. Damit soll die ganze Berliner Bevölkerung getroffen werden. Wir kennen alle die Verbrechen des Märzstreiks. Soll eine

Vertrauensvotum für die Landesregierung.

Preußische Landesversammlung.

35. Sitzung vom 23. Juni 1919, 12 Uhr.

Am Ministertisch: Girsch.

Die Verhandlung der förmlichen Anfrage des Abg. Ad. Hoffmann, betr. die Unterzeichnung des Friedensvertrages, wird fortgesetzt. Zu dem dazu vorliegenden Antrag der Mehrheitsparteien, betr. Vertrauensvotum für die Landesregierung, beantragen die Unabhängigen Streichung des Satzes, worin der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird. Ferner beantragt dieselbe Partei die Einfügung eines Satzes, „trotzdem war in der entscheidenden Stunde ein Eintreten der Preussischen Regierung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages geboten“. Die Mehrheitsparteien verlangen Einschub folgenden Satzes: „Das Eintreten der Preussischen Landesregierung für die Ablehnung des Friedens war daher geboten“.

Abg. Variels (Soz.): In der schärfsten Verurteilung dieses und aufgewungenen Gewaltfriedens unterscheidet sich meine Partei nicht von den anderen Parteien des Hauses und diese Haltung steht durchaus im Einklang mit ihrer Haltung vor dem Kriege und während des Krieges. Wir sind stets für einen Verständigungsfrieden eingetreten. Deswegen haben uns die Alldeutschen und die Vaterlandspartei mit ihrer Wut verfolgt und die „Deutsche Tageszeitung“ hat verlangt, daß Scheidemann auf den Sandhaufen gestoßt werde. Ohne das Treiben der Alldeutschen und der Vaterlandspartei hätten wir den Verständigungsfrieden bekommen. Gerade jene Parteien haben durch ihre irreführe va banque-Politik das Vaterland in diese traurige Lage gebracht. (Stürmischer Widerspruch rechts.) Ueber die Notwendigkeit der Unterzeichnung waren auch in meiner Fraktion Meinungsverschiedenheiten, die Mehrheit aber hat angefaßt der sonst unvermeidlichen Katastrophe die Unterzeichnung als das kleinere Übel angesehen. Die Verantwortung für diese Unterzeichnung lehnen wir ab und übertragen sie auf die, die an dem Zusammenbruch schuld sind.

(Stürm. Unterbrechung, rechts u. b. d. Unabhängigen.) Herr v. Kardorff hat eine konziliantive Agitationsrede gehalten. Nicht die Angst vor der Strafe oder vor den Unabhängigen diktiert unsere Politik, sondern das Gefühl der Verantwortlichkeit. Dieser Friede war auch nicht eine Konsequenz der Revolution, denn der militärische Zusammenbruch war schon vorher da. Die beantragten Zugänge können wir ab. Preußen wird am schlimmsten von dem Vertrage betroffen, aber wir müssen uns mit den harten Tatsachen abfinden. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß über kurz oder lang die Wiedervereinigung der Gebiete mit uns kommen wird, die uns der Friedensvertrag entreißt. Wir hoffen, daß unsere Stammesgenossen drüben in der Wiederherstellung ihres nationalen Volkstums nicht die gleichen Schwierigkeiten gemacht werden, wie sie den Polen bei uns gemacht worden sind. (Zurufe rechts: Abwarten!) Entwürdigend ist es, uns zur schlichten Anerkennung der Schuld am Kriege zu zwingen, die Auslieferung der Schuldigen ist ein unerhörtes Verbrechen. Der nach außen beendete Krieg darf nicht im Innern durch eine Putzpolitik fortgesetzt werden. Derartige Absichten bestehen von rechts als von links. Die Herrschaft einer Minderheit, gleichviel, ob von der Rechten oder von der Linken, könnte uns nur in ein Chaos stürzen. Deshalb billigen wir durchaus,

wenn der Gewalt Gewalt entgegengesetzt wird.

Wir wollen die Weiterentwicklung fördern, aber nur auf dem Boden der Demokratie, und so lehnen wir auch die Räterepublik ab.

Abg. Brelle (Welfe): Ich erkläre namens der Deutsch-Hannoverschen Partei: Die Deutsch-Hannoversche Partei hat keine Unterhändler im Auslande. Sie verhandelt mit keiner ausländischen Macht, und hat mit keiner verhandelt. Sie erwartet die Selbständigkeit Hannovers nicht von ausländischer Hilfe, wie sie auch eine ausländische Beeinflussung Hannovers in der Zukunft ablehnt. Wir Deutsch-Hannoveraner wollen, daß Hannover seine Selbständigkeit wieder erhält.

Hannover soll ein freier deutscher Gliedstaat sein, der sich nach freiem Entschluß seiner stammesverwandten Nachbarn zu einem Gesamt-Niederdeutschland aufmachen kann.

Ein Schlußantrag wird angenommen. (Zurufe rechts: Das ist die demokratische Freiheit! — Lachen links.)

Der erste Teil des Antrages der Mehrheitsparteien, wonach die Landesversammlung mit dem ganzen Volke einig ist in der

Bewegungsbewegung

Ablauf der Tarifgemeinschaft in der Weißglasindustrie

Eine Konferenz der deutschen Weißglasarbeiter beschäftigte sich vor einiger Zeit in Jena mit dem am 30. Juni d. J. stattfindenden Ablauf des Tarifvertrages. Nach reichlicher Aussprache kam die Konferenz zu folgender Stellungnahme: Die Tarifgemeinschaft solle weitergeführt werden unter der Voraussetzung, daß die Unternehmer sich bereit erklären, die Arbeitsarbeit zu beseitigen und dafür Wochenlöhne einzuführen. Der Beschluß kam aus der Erwägung zustande, daß die Arbeiterkraft in den Glasbetrieben nicht mehr in der Lage ist, infolge der Unterernährung, die schwere Arbeit an den Oefen unter dem alten Arbeitslohn weiter zu führen. Die Unternehmer in der Weißglasindustrie haben die Arbeitsarbeit in einer Weise ausgenützt, daß die Arbeit zur Qual wurde. Den Vertretern, die zu den Verhandlungen mit den Unternehmern delegiert wurden, wurde der strikte Auftrag erteilt, von der Forderung der Beseitigung der Arbeitsarbeit nicht abzugehen. Um so

Heil-Anstalt „Löser“

Münzstraße 9, nahe Alexanderplatz, 0-1, 4-5.
Modernes Ambulatorium, Licht- und Pflanz-Behandl.
Inhalatorium — Gurgelkabinen
Elektrische und Medicinische Bäder
Harn- und Blutsuntersuchungen.

Wie ein Wunder

besitzt
San-Rat Haussalbe
Dr. Strauß
jed. Hautausschlag, Flecht-,
Nagelpilz, bes. Reinschad.,
Krampfadern der Frauen
in Originalflaschen
4.30. 7.50 erhältlich in der
„Elefant-Apotheke“
Berlin 213, Leipziger
Straße 74 (in Dönhofspl.)

Dr. Grütering

Spezialarzt.
Invalidenstraße 35
Ecke Chausseestraße am
Stettiner Bahnhof,
11-1, 1/2-1/3, Sonnt. 11-12

Zahn-Atelier

Lorenz Fischer,
Rechenstraße 26, Z. 2. 1454.
Spezialtät. feinsten Zahnwerk.

Phonola

Bestenapparate, exklusive, 78 Umd.,
Supple, wenig gebraucht, mit
32 Noten preiswert zu verkaufen.
Kellner, Condeberger
Str. 61, 2. 2. 20

mod. Zimmer

in gutem Hause nahe Unter-
den-Eichen, Danziger Straße per
1. Juli geräumt. Angenehm unter
H. 611 U. an Hohenstein u.
Bogler, C. 6., Berlin W. 35.

An die Arbeit

mus das deutsche Volk. Alle Männer und Frauen
müssen danach trachten, ihre Kräfte und ihre Fähig-
keiten zu erhöhen, um
die Schäden und die Wunden des Krieges zu heilen. Das
beste Mittel, sein Wissen zu erweitern und damit seine
Lage zu verbessern, bietet eine umfassende Allgemein-
und fachliche Bildung. Rasch und gründlich führt die Methode
„Rustia“ (3 Direktoren höherer Lehranstalten, 22 Pro-
fessoren als Mitarbeiter) jeden Vorwärtstreibenden ohne
Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung
des einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht.
Wissenschaftl. geb. Mann, Wissenschaftl. geb. Frau, geb. Kauf-
mann, Die geb. Handlungsgeschäftl., Bankbeamte, Einl.-Frei-
w. Prüg., Abit.-Examen, Gymn., Realgymn., Oberrealschule,
Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschullehrerprüf., Zweite Lehrer-
prüf., Handelswissenschaften, Landwirtschaftsschule, Acker-
bauschule, Präparand., Konservatorium. Ausführliche 60 S.
starke Broschüre über bestandene Examen, Beförderungen
im Amte, im kaufmännischen Leben usw. kostenlos durch
Bonneß & Hachfeld, Potsdam, Postfach 224.

Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie

Zur 1. Klasse habe ich noch abzugeben:
Achtel Lasso zu 5,25 M. Halbe Lasso zu 21 M.
Viertel „ „ „ 10,50 „ Ganze „ „ 42 „
nebst Porti und Nachnahme
Berlin SW, Alte Jacobstr. 16,
Moritzpl. 9999.

Stahlrohrmatratzen

für jede Bettstelle nach Maß,
an Jedermann. Katalog frei.
Eisencanobelfabrik Stahl I. Th.

Preussische Klassen-Lotterie

72 Millionen Mark Gewinne in allen 3 Klassen.
Ziehung 1. Kl. 15. u. 16. Juli noch abzugeben.
5.25 10.50 21. — 42. — M. einschl. Teuerungszuschl.
für alle Klassen 26.25, 52.50, 105, 210. Porto u. Liste extra.
Pr. Bort. — Berlin, Norden 8844
Boeck, Einmach. Chausseestr. 17, Postach. Berlin 31031.

Kautabak

in Rollen und Stangen
aus reinem Tabak.
Zigarren
Zigaretten
jeden Posten an
Wiederverkäufer
abzugeben in den
Zigarren-Geschäften
(Abteilung en gros)
Friedrichstr. 243 (Halt. Tor)
Alexanderstr. 9 (Belm Pol.-Pr.)

Elektromotoren

Reinigungsgeräte laut W. Hage-
born, Rochstr. 50/51, Tel. 12655.

Einfamilienhaus

mit Obstplantage verkauft
Arug, Diendorf (Stadtbahn),
Ranzauer Str. 6, 1061

Rür Straßenhändler

habe verteilte Briefe
Moeszner, Charlottenburg,
Wilmeroder Str. 127.

20 000 Blatt Schmirgelweiden

blau Röper „Germania“ prima
Qualität in allen Abmessungen
fortf. lieferbar. 3211b

Willi Rexin

Danzig, Gartenstraße 3,
Telephon: 2132. Teleg.-Nr.:
Rexin, Gartengasse 3.

Straßenhändler

erhalten guten Briefe bei
Seifer, Holzmärkte 11, 8-121.

Kanonenbläser!

Straßenhändler verdienen das
meiste Geld mit unserer Wochen-
schrift. Arion, C 19, Wolf-
straße 21/22. 61/8

Klavier

voll. Flügel u. Harmonium
faul! Schachschneider,
Dudower Straße 14, III,
(Treppenanab).

Die Nacktheit!

Behörden freigegeben. 20 Tieldruck-Kunstphotokarten,
Sort. M. 2.50, 1-0 Sack 10. — Bromsüber-Photokarten,
hochkünstlerisch Mk. 4. — Porto extra. Voreinsend. od.
Nachr.
O. Fischer, Abt. R. Berlin-Halensee.
1817*

!!! Geld !!!

für jede Verleichte. Höchste An-
kaufpreise für Wechsel, Briefe,
Dokumente, Goldgegenstände,
Erpliche, Bilder usw. Wolff,
Friedrichstr. 41 III, Ecke Roßstr.

10. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes

Stuttgart, 24. Juni.

Nach Wahl von 39 Delegierten zum Gewerkschaftskongress in Nürnberg setzte die große Debatte zum Vorstandsbericht ein, die durch eine sehr lange Geschäftsordnungsdebatte sehr unglücklich eingeleitet wurde. Die von Berlin beantragte unbeschränkte Redezeit wurde abgelehnt und auf 20 Minuten festgesetzt, worauf die Berliner Delegation unter großer Erregung den Saal verließ. Klose-Berlin wurde als erster Redner der Opposition unbeschränkt Redezeit zugestanden. Seine Rede füllte dann die Vormittags- und Nachmittags-Sessionen aus. Die Kritik erstreckte sich, soweit sie politischer und wirtschaftlicher Natur war, auf alle die Fragen, die bei allen zurzeit tagenden Verbandstagen im Vordergrund der Generaldebatte stehen: Kriegspolitik der Gewerkschaften, die der Politik der Sozialdemokratischen Partei ihren Stempel aufgedrückt habe, Hilfsdienstgesetz, Belagerungszustand, Standgerichtsurteile, angebliche Denunziation, Haltung des Verbandesorgans usw. Mit besonderer Schärfe wurde gegen Paul Müller vom Vorstand wegen seines Annexionsartikels im „Courier“ vorgegangen. Von den Rednern in der Nachmittags-Session machte besonders der alte Gewerkschaftskämpfer Stühr aus Hamburg einen tiefen Eindruck, der das einigende Moment in den Vordergrund stellte und mit einem von hohem sittlichem Pathos getragenen Worten auf allen Seiten des Hauses frenetischen Beifall erntete, ein Beweis, wie groß der heilige Wille zur Einigkeit in der Arbeiterschaft ist.

Industrie und Handel.

Reichskohlenwirtschaft und Verbraucherinteresse.

Der Vorstand des Deutschen Städteverbandes führt in einer Eingabe an die zuständigen Reichsstellen darüber Beschwerde, daß die geplante Regelung der Reichskohlenwirtschaft die Interessen der städtischen Verbraucherbewohner stark vernachlässigt. Es heißt da: Wenn in dem 50 köpfigen Reichskohlenrat, dem die Leitung der Brennstoffwirtschaft obliegt, nur ein einziger Vertreter der vielen Millionen städtischen Verbraucher vorgesehen

ist, so muß diese überaus bürgliche Vorsehung der städtischen Verbraucherkreise an dem richtigsten Organ um so verhängnisvoller wirken, als an der Verwaltung der Substanz die Verbraucher überhaupt nicht beteiligt sind. Dabei überläßt das Gesetz die Entscheidung in zahlreichen für die Verbraucher lebenswichtigen Fragen den künftigen Organen der Brennstoffwirtschaft, ohne auch nur Richtlinien für die Entscheidung zu geben. So soll die Festlegung der Brennstoffverkaufspreise in die Hand des wesentlich aus Interessenten bestehenden Reichskohlenverbandes gelegt werden, ohne daß eine ständige und eingehende Beaufsichtigung der Preisgebung sichergestellt wird. Der Vorstand des Deutschen Städteverbandes erhebt gegen diese dem Geiste des Sozialversicherungsgesetzes zuwiderlaufende Ausgestaltung entschieden Einspruch und fordert die zur Mitwirkung an dem Gesetz betreuenden Stellen auf, eine Verbesserung des Entwurfs herbeizuführen.

Eine Erhöhung der Vertreterzahl für die städtischen Kohlenverbraucher ist in den Vorbereitungen des Gesetzesentwurfs abgelehnt worden. Bei richtiger Vertung der vollwirtschaftlichen Aufgaben des Reichskohlenamtes ist es auch nicht so erheblich, ob die Vertretung des Verbrauchers zahlenmäßig größer ist oder nicht, da sich die Interessen der städtischen Verbraucher in vielen Punkten mit denen anderer Verbraucher und der Händler decken.

Soziales.

Die Stellung der Erbschaften.

Die für Erbschaften bedeutsame Vorschrift des § 518 der Reichsversicherungsordnung, wonach die Pflichtlosen an die Erbschaften der dort bezeichneten Art die bei ihnen für die Mitglieder dieser Erbschaft nach § 517 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung eingehenden Beitragssätze der Arbeitgeber auf Anordnung des Bundesrats zu vier Fünfteln abzuführen haben, ist durch § 13 der Verordnung über Krankenversicherung vom 3. Februar 1919 beseitigt worden. Zugleich schrieb diese Verordnung vor, daß die auf Grund des § 518 erlassenen Anordnungen des Bundesrats mit dem 28. August 1919 ihre Wirkung verlieren. In Verfolg von Beschlüssen, die der Ausschuss der Rationalisierungsverwaltung für soziale Angelegenheiten bei Besprechung dieser Verordnung gefaßt hat, hat die Reichsregierung der Rationalisierungsverwaltung einen Gesetzesentwurf vorgelegt, wonach die Vorschriften des § 13 der Verordnung zugun-

sten der Erbschaften abgeändert werden sollen. Da die politische Lage es nicht gestattet, diesen Gesetzesentwurf noch vor dem Ablauf der Geltungsdauer der nach § 518 der Reichsversicherungsordnung erlassenen Anordnungen des Bundesrats, also vor dem 28. Juni 1919, zu verabschieden, will die Reichsregierung nunmehr darauf hinwirken, daß die Vorschriften des Gesetzesentwurfs in Frage der Verordnung auf Grund des Gesetzes über eine vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Arbeiterwirtschaft vom 17. April 1919 in Kraft gesetzt werden. Zu diesem Zweck hat sie dem Staatsrat eine entsprechende Vorlage zugehen lassen.

Berichtszeitung.

Die Wirkung der Amnestie auf strafgerichtliche beurteilte Beamte wird in einem Bescheide des Reichsjustizministeriums einer gründlichen Erörterung unterzogen. Der Oberbrieftträger L. war wegen Amtunterschlagung zu Gefängnisstrafe verurteilt worden. Gleichzeitig hatte das Gericht die Aberkennung der Fähigkeit zur Velleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren ausgesprochen. Unter Hinweis über die Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung vom 3. Dezember 1918, nach welchem die von den bürgerlichen Gerichten bis zum 5. Dezember rechtskräftig erlassenen Strafen nebst den Nebenstrafen zu erlassen sind, war von Rechtsanwalt Bahm die Niederschlagung der gegen L. erlassenen Strafe beantragt worden. Das Gericht gab auch diesem Antrag statt. — Auf eine Eingabe an die Oberpostdirektion Potsdam, in der die Wiedereinstellung des L. in sein Amt beantragt wurde, ist vom Reichsjustizministerium mit dem Hinweis, daß dies auch die Auffassung des Reichsjustizministeriums sei, folgender Bescheid ergangen: Durch die Amnestie hat der Beamte lediglich die Fähigkeit zur Velleidung eines öffentlichen Amtes wiedergewonnen. Dagegen wird der mit der Rechtskraft des Urteils eingetretene Amtsverlust durch den Erlass der Nebenstrafe nicht beseitigt. Hiernach hat der frühere Oberbrieftträger L. zwar die Fähigkeit zur Velleidung öffentlicher Ämter wiedererlangt, sein Amt aber durch die rechtskräftige Verurteilung verloren. Er kann eventuell wieder im Postdienst irgendwie eingestellt werden, er hat aber kein Anrecht darauf, in sein altes Amt ohne weiteres wieder eingesetzt zu werden.



Weinbrand Cognac

Marke

„Goldstück“

Jacob Stück Nachfolger Hanau ^{1/11}
Cognacbrennereien

An den Folgen eines Leidens, das er sich im Kriegsdienst zugezogen hatte, verstarb am 19. d. M. unser lieber Mitarbeiter

Ernst Seeger

im 38. Lebensjahre. Wir werden dem Verstorbenen, der bis zu seiner Einberufung zum Heeresdienst länger als zehn Jahre bei der Herstellung des Vorwärts als Rotationshilfsarbeiter tätig war, ein ehrendes Andenken bewahren.

Personal und Geschäftsleitung der Vorwärts-Buchdruckerei.

Brillanten Juwelen
Berlin
Friedrichstr. 155, Ecke Unter d. Linden
Malerei, Lackerei, Vergolderei

Neu eröffnet!
Ein billiges Korsett
fertige ich nach Maß aus allen Stoffen oder gebrauchten Wäschestücken, die Sie mir bringen. Für guten Sitz und saubere Verarbeitung wird garantiert.
Hedwig Korb, Kochstr. 20 (Laden)
Spezialität: Reform- und Backfischkorsetts, Leib- und Büstenhalter. Reparaturen schnell und billig.

Gr. öffentl. Eisenbahner-Versammlung

am Freitag, den 27. Juni 1919, nachmittags um 4 Uhr

im Sportpalast, Potsdamer Str. 76.
Tagesordnung:
1. Der Stand unserer Lohnbewegung.
2. Stellungnahme zum Streik.
Alle Eisenbahnbeamte und Arbeiter werden eruchtet, pünktlich und vollständig zu erscheinen.
Die Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes.

503. Verein Berlin S. B. D., 7. Abt.

Sonnabend, den 28. Juni, abends 7 Uhr, findet in den Blücher-Festlokalen, Blücherstr. 61, ein

Kelterer Abend mit Tanz

statt, wozu wir die Mitglieder freundlichst einladen.
Die Abteilungsleitung.

Morgen Sonnabend, 28. Juni, abds. 7 Uhr, im Sitzungssaal des Herrenhauses:

Versammlung von Mitgliedern der sozialdemokrat. Partei

Demokratie und Sozialismus.

Held: Heinrich Penn (Berlin). Zutritt nur gegen Vorweisung der Mitgliedsbücher und für Pfeiffertreiber.
Julius Kallisch, Wally Sepler.

Photo Apparate
Gelegenheitskäufe
Photo-Centrale
Wira
Karl Str. kein Strassenladen

Färberei ertledigt schnellstens Umlärben
von Uniformen, Mänteln, Decken, Zeitbahnen
Sommerfarben
auf Leinwand
bleu + rosa + mode + düstrenblau
M. Petzold & Co.
Berlin S, Alexandrinen-Straße 51
Fernsprecher Moritzplatz 2707.

Allgem. Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz.

Bekanntmachung.
Som 30. Juni ab finden die Sprechstunden der ärztlichen Klinik für die Behandlung der Kassenmitglieder von morgens 8 bis nachmittags 1/2 2 Uhr statt.
Der Vorstand, G. Bilgatzke, Vorsitzender.

Die Stelle des ersten Bürgermeisters

Der in hiesiger Entwicklung befindlichen Industriekolonie Suro I W. Sandbreite, zuzusetz rund 95000 Einwohner zählend, soll wegen anderweitiger Wahl des jetzigen Ortsbürgermeisters baldmöglichst wieder besetzt werden.
Das Dienstverhältnis beträgt:
a) Grundgehalt: 12000 M.
steigend alle drei Jahre um 1000 M. bis zum Abschluß des 30. Lebensjahres. 15000 M.
außerdem ein Wohnungsgeld von 1500 M.
oder freie Dienstwohnung zum gleichen zeitgeschuldsfähigen Werte.
b) jährliche Gehaltszulage: 450 M.
c) eine lebenslängliche Erhöhung dieser Zulage ist beschlossene.
d) nichtverehelichte Bewerber: besonderen Grundbesitz, Rinderzucht, Obstbau, Gartenbau, Fischzucht, Jagd, oder ein Grundstück, das die weitere Kinder je 80 M.
Teuerungszulagen werden nach den staatlichen Sätzen — nach den Sätzen für treuere Orte ohne A — gewährt. Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung wie Staatsbeamte.
Bewerber, welche eine längere Tätigkeit in ähnlicher Stellung nachweisen können, werden ihre Wünsche unter Beifügung des Lebenslaufes und beglaubigter Zeugnisse schriftlich unter Angabe etwaiger Wünsche wegen Anrechnung von auswärtigen Dienstjahren auf das Besoldungsjahr bis zum 31. Juli d. J. an den unterzeichneten Stadtschreiber (Kolonie) einreichen.
Überl. W. den 21. Juni 1919.
Der Stadtvorstandsvorsitzender, Suro I W.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Köln.

Für die hiesige Filiale wird zum nächsten Eintritt ein **zweiter Ortsbeamter** gesucht. Dieselbe muß in Vertretung, Kassenangelegenheiten und Bureauarbeit durchaus bewandert sein. Es wird auf eine tüchtige Kraft abgesehen. Fürwährende Vereinsangelegenheiten sind die Besoldung, das Gehalt richtet sich nach dem Dienstverhältnis des hiesigen Ortsbeamten. (Gehaltsklasse) ausüßlich der im Verband üblichen Teuerungszulagen. Einmalige Dienstverhältnis im der Arbeiterbewegung werden angerechnet.
Schriftliche Bewerbungen sind mit der Aufschrift: **„Bewerbung“** bis zum 15. Juli an den Vorstand der Filiale Köln, Severinstraße 197/99, einzureichen.

Redakteur.
Für Volkszeitung der Provinz (Westf.-S.) baldigst erhaltliche Stelle gesucht als **Hauptredakteur**. (Politik, Lokales). Grobes Ergeß vornehmendes Arbeitsfeld für geeignete, werbetätige Persönlichkeit. Bewerber mit Gehaltsansprüchen, Stillschreiben und Angabe bisheriger Tätigkeit unter **L. 27** an die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW.

Bei einer tüchtigen Redaktion sucht sich etwadem. gebildeter Schriftsteller, gut deutsch, bereit, gute polit., liter. und berufswissenschaftl. Kenntnisse, vorzuzusetz. Gest. zum

Redakteur auszubilden.

Gest. Zuschriften unter **N. 27** an die Exped. des „Vorwärts“.

Bekanntmachung.
An der hiesigen städtischen Oberrealschule ist möglichst zum 1. Oktober 1919 eine **Oberlehrerstelle** zu besetzen. Bewerber mit der Befähigung für Religion, Geschichte oder Deutsch für die 1. Stufe und Französisch für die 2. Stufe wollen ihre Bewerbungen schriftlich unter Beifügung eines Lebenslaufes und beglaubigter Zeugnisse schriftlich bis zum 1. 7. 19 einreichen.
Die Befolgung richtet sich nach den staatlichen Grundgesetzen. Die Zahlung der Lehrgeldzuschüsse erfolgt nach den hier geltenden Gemeindebeschlüssen. Berechtigt werden 2110 M. pensionsfähige Lehrgeldzuschüsse gewährt, zu der eine weitere von 1200 M. für Unterlehrer und 1700 M. für Oberlehrer und für jedes Kind 600 M. hinzugerechnet.
Spenden, 18. Juni 1919, 102/30 Der Magistrat.

Kunstschnitzerlehrlinge
Lehrlinge
treffliche, gesunde, werden eingestellt. C. Wde, Joh. Herm. Aude, Goldschmied u. Treibschmied, Reinholdstr. 48, Sommerstr. 13/21, a. Phl. Eichenholz.

Goldleisten
Nebenmeister auf Silberarbeit sucht Werkmeister, Schmiedstraße 5a. 61/9

Vergolder
u. **Farbigenmacher**
sollt erhalt. Leistungen
J. Kellner & M. v. G., Eichenstr. 10/11.

Zuschneider
aus der Hildesheimerstraße (Dauerstellung) verlangt
Gauschjahr, Goldmann, Köpenicker Str. 126.

Tischler
für Bildmaßebedarf verlangt
Paul Korbe, Frankfurter Allee 312. 264/3

Kassennmacher
bei gutem Vorkurs in gutverpfliegter Gegend
sucht
Jahresgehalt
Geilbrunn. 202/2

Zeitungsverlegerinnen
werden zum 1. Juli verlangt
Vorwärts-Spedition
Berlin - Schöneberg.
Belziger Str. 27.

Hilfsarbeiterinnen
welche schon in Buchbindereien tätig waren, sofort gesucht.
Deutsche Kuvert-Fabrik, CSpentcker, Straße 110.

Kartonnagenkleberinnen
nur geübte, sofort gesucht.
Deutsche Kuvert-Fabrik, CSpentcker, Straße 110.

